

Vorschlag

gemäß der Geschäftsordnung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion
--

Nr.:	A 17/0577-01
-------------	---------------------

Status:	öffentlich
---------	------------

Datum:	18.07.2017
--------	------------

Solidarpakt nach 2019

Vorschlag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.07.2017 für den Finanzausschuss am 20.09.2017

Beratungsfolge

Status	Gremium
---------------	----------------

Ö	Finanzausschuss
---	-----------------

Vorschlag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Solidarpakt nach 2019“ vor. Sie bittet die Verwaltung, insbesondere den OB und den Kämmerer als Mitstreiter des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, darzustellen, welche Beträge Mülheim von 2005 bis 2019 (Solidarpakt II) und 1995 bis 2004 (Solidarpakt I) insgesamt einzahlte, wie sich momentan die Diskussion um eine mögliche Fortführung des Solidarpaktes nach 2019 darstellt sowie welche Möglichkeiten sie sieht, diesbezüglich Einfluss auf die Gesetzgebung im Sinne einer Förderung nach Bedürftigkeit statt nach Himmelsrichtung zu nehmen.

Begründung:

Seit 1995 entrichten westdeutsche Kommunen Abgaben in beträchtlicher Höhe in den Solidarpakt zum Aufbau Ost. Er läuft 2019 aus, über eine Weiterführung wird debattiert. Viele notleidende Kommunen wie die des Ruhrgebiets bemängeln, dass die Förderung bisher nach Himmelsrichtung (Ost) statt Bedürftigkeit ausgerichtet ist. Der Fakt, dass

Kommunen wie Mülheim mit immer schlechter werdender Infrastruktur teils keineswegs mehr notleidende Kommunen im Osten unterstützen, stößt Vielen sauer auf. Die Forderung, den Pakt über 2019 als Förderprogramm nach tatsächlicher Bedürftigkeit auszurichten, wird vielerorts diskutiert.

Neben einem Schuldenschnitt für Kommunen und dem Stärkungspakt NRW ist eine Neuausrichtung des Solidarpaktes eine weitere Möglichkeit, finanzschwachen Kommunen wie denen an der Ruhr und damit Mülheim an der Ruhr wieder Perspektiven zu eröffnen.

Tim Giesbert

Fraktionssprecher